



# Friedenskreis Castrop-Rauxel

März 2010

[www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de](http://www.Friedenskreis-Castrop-Rauxel.de)

## 50 Jahre Ostermarsch - gegen Krieg, für Frieden, Abrüstung und eine lebenswerte Zukunft!

Vor 50 Jahren fand in Deutschland zum ersten Mal ein Ostermarsch statt. Damals ging es um die Abschaffung und Ächtung der Atomwaffen. Seitdem sind Millionen Menschen zu Ostern auf die Straße gegangen und haben gegen Rüstung und Krieg, für Frieden und Demokratie demonstriert! Diese Forderungen bleiben auch in diesem Jahr aktuell.

### Atomwaffen abschaffen!

Alte und neue Atommächte verfügen über ausreichend Waffen, um das Leben auf der Erde mehrfach auszulöschen. Auch unsere Region, Nordrhein-Westfalen, ist von Atomwaffenstützpunkten umringt. Für das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen ist 2010 ein besonderes Jahr, denn im Mai findet in New York die 7. Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages statt. Diese Chance muß für konkrete Schritte zum Abbau der Atomwaffen genutzt werden! Deutschland soll seinen Teil dazu beitragen und von den USA den Abzug ihrer Atombomben aus dem Eifelort Büchel fordern.



### Afghanistankrieg beenden!

Aktuell eskaliert der Krieg in Afghanistan. 9 Jahre NATO-Truppen brachten dem Land nicht Frieden und Stabilität, sondern Niedergang der einheimischen Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Verarmung auf der einen Seite und Korruption, Zunahme des Drogenhandels, Destabilisierung auf der anderen Seite. Eine wachsende Zahl ziviler Opfer führt zu einer Verstärkung von Widerstandaktionen. Die Antwort der NATO ist die Entsendung von noch mehr Soldatinnen und Soldaten!

Die Bundeswehr führt in Afghanistan Krieg für Ziele, die mit der Verteidigung unseres Landes nichts zu tun haben. Auch Nordrhein-Westfalen ist mit dabei: Aus Augustdorf kommt die schnelle Eingreiftruppe und aus Rheine die Hubschrauber, die sie ins Gefecht bringen. Vom Luftwaffenstützpunkt in Köln-Wahn aus werden alle Auslandseinsätze der Luftwaffe - auch die in Afghanistan - organisiert und gesteuert. Die Menschen verachtende militärische Logik ist mit dem Bombenangriff von Kundus deutlich geworden. Dieses militärische Vorgehen ist mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar.

Obwohl Zweidrittel der Bevölkerung unseres Landes gegen den Krieg in Afghanistan sind, hat die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages immer wieder den Kriegseinsätzen in Afghanistan zugestimmt. Der Verlauf zeigt,

dass der Konflikt in Afghanistan mit militärischen Mitteln nicht zu lösen ist. Deshalb fordern wir stattdessen den Abzug der fremden Truppen aus Afghanistan, Verhandlungen mit allen Konfliktparteien und konkrete Aufbauhilfen.

### **Für zivile Konfliktlösung**

Der Krieg in Afghanistan und seine Ausweitung auf Pakistan gehört zu dem Versuch der NATO-Staaten, ihre Interessen zunehmend mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Dreiviertel der weltweiten Rüstungsausgaben gehen auf das Konto der NATO-Staaten, den größten Anteil daran haben die USA. Diese Streitmacht auf modernstem waffentechnischen Niveau mit einem mächtigen Atomwaffenarsenal soll sich durch ihre Osterweiterung weitere geopolitische Vorteile verschaffen. Das Konfliktpotential wächst. Wir sagen: Nein zur militärischen Konfliktlösung - Nein zur NATO

### **Militarisierung Europas verhindern!**

Auch der Lissabon-Vertrag enthält die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung, um die Voraussetzungen für weltweite Militärin-

terventionen der EU zu verbessern. Aktuell ist die EU vor der Küste Somalias militärisch aktiv und im Kosovo übt die zivile EU-Mission EULEX gemeinsam mit der NATO-geführten KFOR bereits die Niederschlagung von Protesten. Auch die EU setzt auf militärische Absicherung ihrer weltweiten wirtschaftlichen Interessen und betreibt eine verschwenderische Rüstungspolitik. Wir wollen stattdessen ein demokratisches, friedliches und soziales Europa.

### **Bundeswehr raus aus Schulen und Arbeitsämtern!**

Für ihre weltweiten Einsätze braucht die Bundeswehr Soldaten. In Arbeitsämtern, bei Jobmessen und in Schulen ist die Bundeswehr mit Info-Trucks, Werbern und Jugendoffizieren zur Stelle. Seit 2008 gibt es einen Kooperationsvertrag mit dem nordrhein-westfälischen Schulministerium. Die Bundeswehr erhält Zugang in die Schulen und darf in die Lehrer-Aus- und Weiterbildung eingreifen. Dazu sagen wir nein. Das „Kriegshandwerk“ ist kein Job wie jeder andere. Deshalb NRW - Schul-Kooperation kündigen, Bundeswehr wegtreten.

Rüstung und Militär sind keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Eine klimaschonende, umweltgerechte Politik, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten beseitigt, ist nur im Frieden möglich. Wir fordern:

- **den Abzug der Atombomben aus Deutschland und die Verschrottung der Atomwaffen weltweit**
- **den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Bemühungen um zivile Lösungen für die Konflikte in Afghanistan und die Beendigung des Krieges**
- **die Auflösung der NATO**
- **die drastische Kürzung von Militärausgaben und den Einsatz der frei werdenden Ressourcen für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse**
- **die Beendigung der Bundeswehrwerbung an Schulen, in Arbeitsämtern und bei Berufsmessen und die Kündigung der NRW Schulkooperation**

Gemeinsam mit Ostermarschierer/innen der ersten Stunde rufen wir im 50. Jahr der Ostermärsche an Rhein und Ruhr dazu auf, für diese Ziele zu demonstrieren!